

PALÄSTINA INITIATIVE REGION HANNOVER

www.palaestina-initiative.de

29. Juli 2020

Presseerklärung

Genug ist genug Anerkennung des Staates Palästina jetzt!

Zum Verhandeln braucht es gleichwertige Partner.

Stattdessen haben wir zwischen Mittelmeer und Jordan auf der einen Seite die herrschende Macht Israel, die die Bedingungen diktiert, auf der anderen Seite die Palästinenser, die die Bedingungen ohne ‚Widerspruch‘ zu akzeptieren haben. Die Bundesregierung fordert eine „verhandelte Zwei-Staaten-Lösung“. Aber erst ein international anerkannter Staat Palästina kann auf Augenhöhe mit dem Staat Israel einen Friedensvertrag und Modalitäten einer späteren Kooperation aushandeln. Dafür liegen verschiedene Modelle auf dem Tisch.

Es ist Sache souveräner Staaten zu entscheiden, welche regionalen politischen Einheiten sie als Staat anerkennen wollen. 138 Staaten der Welt haben den Staat Palästina anerkannt, darunter Schweden und der Vatikan. Die Bundesregierung unterwirft sich stattdessen wie einige andere westliche und europäische Staaten dem Veto der Besatzungsmacht Israel.

Israel wurde von den Staaten der Welt in den Grenzen der Waffenstillstandslinie von 1949 international als Staat anerkannt.

Auch die PLO als die einzige international anerkannte politische Vertretung des palästinensischen Volkes hat bereits 1988 und nochmals 1994 in Oslo den Staat Israel in diesen Grenzen anerkannt und damit auf 78% des historischen Palästina verzichtet.

Mehr geht nicht!

Mit der Anerkennung des Staates Palästina müssen die Demokratien des Westens kraft ihrer staatlichen Souveränität dem Staate Israel die Grenzen für seine Gebietsaneignungen aufzeigen und Verhandlungen der beiden Konfliktparteien „auf Augenhöhe“ fordern und fördern.

Die vorwiegend stille Diplomatie, wie sie die Bundesregierung praktiziert, ist gescheitert. Das Ergebnis sind immer mehr Siedlungen, tägliche Vertreibungen, tägliche Verletzungen und Tötungen, Zerstörungen von Existenzen, von Hab und Gut bis hin zur geplanten Annexion.

Deshalb sind jetzt Deutschland und die Europäische Union allein schon aus Selbstachtung zu konkreten Schritten zum Schutze der Palästinenser gefordert.